

# Politische Mitbestimmung von Frauen in ländlichen Regionen Österreichs

Theresia Oedl-Wieser, Philipp Gmeiner, Ingrid Machold

## Einleitung

Auf lokaler und regionaler Ebene werden in Österreich für viele Lebensbereiche der Bevölkerung weitreichende politische Entscheidungen getroffen. Die immer komplexer werdenden Rahmenbedingungen in der globalisierten Welt stellen auch die politischen Verantwortlichen vor Ort vor große Herausforderungen: die finanziellen Ressourcen werden immer knapper, die demographischen und sozialen Strukturen in den Gemeinden ändern sich, die Lebensentwürfe von Frauen und Männern sowie die familialen Strukturen differenzieren sich aus. Des Weiteren werden die Aufgaben in Verwaltung und Raumplanung immer komplizierter und erfordern zunehmend gemeindeübergreifende und regionale Kooperationen. In Anbetracht dieser Entwicklungen und Anforderungen ist es wichtig, dass AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen in lokale und regionale politische Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden und an deren Gestaltung teilhaben: Frauen und Männer unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen, mit verschiedenen Qualifikationen und unterschiedlichen familiären, sozialen, kulturellen und ethnischen Hintergründen. Sie können aufgrund ihrer sozialen Vielfalt eine große Bandbreite an Perspektiven und Ideen in ihre Gemeinde und in ihre Region, einbringen.

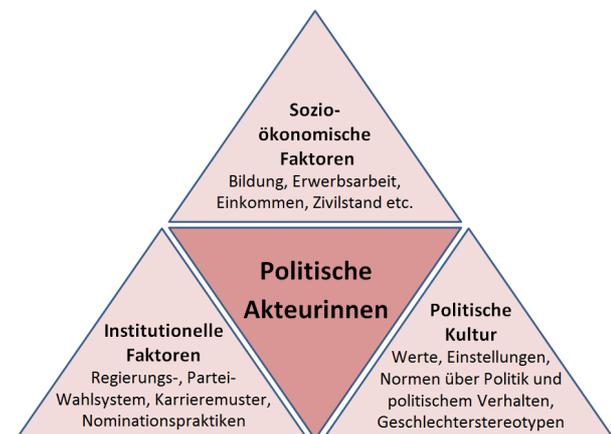
In diesem Fact Sheet wird analysiert, inwieweit sich insbesondere Frauen an politischen Gestaltungsprozessen in ländlichen Regionen in Österreich beteiligen. Dazu wird zu Beginn ein Erklärungsmodell für die im Allgemeinen deutlich niedrigere politische Partizipation von Frauen in den politisch-institutionellen Entscheidungsstrukturen vorgestellt. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der Bedeutung der deskriptiven und der substantiellen Repräsentation von Frauen aufgeworfen. In weiterer Folge werden Daten zur Beteiligung von Frauen im politischen Mehrebenensystem Österreichs präsentiert. Es wird dabei auch auf intermediäre Strukturen in ländlichen Regionen eingegangen. Zusätzlich zu den quantitativen Ergebnissen werden auch qualitative Studien zur Interpretation der gegenwärtigen Situation herangezogen und Beispiele aus der Praxis vorgestellt, die eine Erhöhung der politischen Repräsentanz von Frauen zum Ziel haben (s. Boxen). Abschließend werden notwendige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen diskutiert, die eine politische Beteiligung von Frauen auf regionaler und lokaler Ebene unterstützen und verstärken.

## Erklärungsmodell für geschlechterspezifische politische Partizipation

Die politische Partizipation von Frauen in ländlichen Regionen ist in vielen europäischen Ländern deutlich niedriger als jene von Männern. Diese Unterrepräsentanz von Frauen in der poli-

tischen regionalen und lokalen politischen Öffentlichkeit wird immer vehementer als Demokratiedefizit und Potenzialvergeudung diskutiert. Es ergeben sich folgende Fragen: *Worin liegen die Gründe für diese demokratie- und gleichstellungspolitisch bedenkliche Situation? Was hält Frauen davon ab, sich vermehrt politisch zu engagieren? Sind Frauen weniger an Politik interessiert als Männer oder gibt es gesellschaftliche und strukturelle Barrieren, die dies verhindern? Welche Konsequenzen hat die geringe politische Gestaltungsmacht der Frauen für die Regionen und Kommunen?*

Abb. 1: Magisches Dreieck der politischen Beteiligung



Quelle: Fuchs und Hoecker 2004, 3ff

Sowohl weltweit als auch in Europa ist die mittelmäßige bis marginale Beteiligung und Einflussnahme von Frauen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen demokratiepolitisch sehr bedenklich (Fuchs 2010, 547). Gemeinhin wurde angenommen, dass Frauen ein geringeres Interesse an der Politik haben und das Bild der „unpolitischen Frau“ wurde lange Zeit verwendet, um die politische Unterrepräsentanz von Frauen zu erklären. Allerdings wurden in der feministischen Politikwissenschaft „individualistische“ Erklärungsansätze für die weibliche Unterrepräsentation in der institutionellen Politik immer als unzureichend kritisiert (Geißel 2004). Es wurden vielmehr komplexe Ursachen analysiert, die einem stärkeren politischen Engagement von Frauen entgegenwirken. Im sogenannten *Magischen Dreieck* der politischen Beteiligung werden sozioökonomische und institutionelle Faktoren sowie die politische Kultur eines Landes als Ursachen für diese Situation angeführt (s. Abb. 1).

All diese Faktoren stehen in komplexer Beziehung zueinander und sind auf allen Ebenen des politischen Mehrebenensystems, also national, regional und lokal, wirksam. Darüber hinaus werden im politologischen Diskurs weitere Argumente angeführt, die der politischen Partizipation von Frauen hinder-

lich bzw. förderlich sind. Dazu gehört beispielsweise die Tatsache, dass Frauen viel weniger häufig in beruflichen und ehrenamtlichen Führungspositionen vertreten sind und ihnen dadurch der politische Aufstieg bzw. ein politisches Mandat oft verwehrt wird - *Sozialstrukturthese*. Des Weiteren wurde festgestellt, dass Frauen in Parteien bewusst von wichtigen Ämtern und Mandaten - old-boys-networks - ausgeschlossen werden - *Diskriminierungsthese*. Positiv auf eine stärkere politische Repräsentanz von Frauen wirkt sich hingegen die Einführung von (hohen) verbindlichen Quoten in Parteien aus, deren erfolgreiche Umsetzung jedoch von der Akzeptanz der Mitglieder abhängt (Holtkamp und Schnittke 2010, 43).

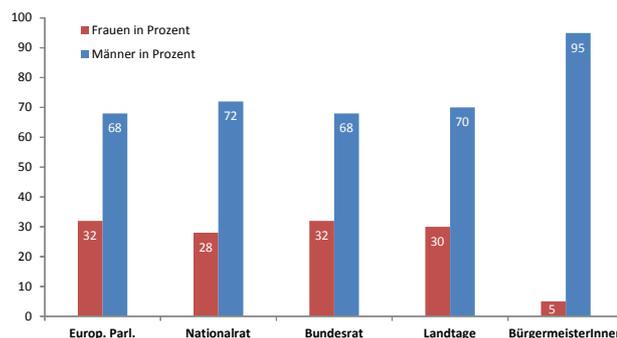
Eine jahrzehntelange Marginalisierung von Frauen im politischen Mehrebenenystem in Österreich führt(e) teilweise zu einer bewussten Ablehnung von Frauen gegenüber historisch männlich geprägten und aktuell männlich dominierten Politikformen. Untersuchungen haben belegt, dass Frauen zum Teil ein unterschiedliches politisches Partizipationsverhalten zeigen als Männer (Haller 2001). Vor allem jüngere, besser gebildete Frauen fühlen sich von weniger institutionalisierten und vor allem von weniger parteipolitisch ausgerichteten Politikformen stärker angesprochen. Bei diesen Politikformen sind die Schwellen für nicht professionell politisch Engagierte deutlich niedriger als bei konventionellen Politikformen. Für Frauen sind direkt-demokratische Verfahren deshalb besonders attraktiv, da sie meist ein geringeres bzw. nur ein selbst bestimmtes Zeitbudget beanspruchen. Da in unserer Gesellschaft die Verantwortung für die Versorgungsarbeit in überwiegendem Maße noch immer bei den Frauen liegt, auch wenn sie im Erwerbsleben stehen, verfügen sie auch über sehr geringe Zeitressourcen (Oedl-Wieser 2006, 66).

Die politische Beteiligung von Frauen wird in den letzten Jahren verstärkt in Hinblick auf die Differenzierung zwischen *deskriptiver und substantieller Repräsentation* von Frauen diskutiert. Das bedeutet, dass neben der rein quantitativen Repräsentationsforderung (standing for), die Forderung nach einem Handeln für Frauen (acting for), also eine substantielle Repräsentation, stärker artikuliert wird. Damit rückt auch der frauenfreundliche Policy-Outcome in den Vordergrund der Diskussionen (Sauer 2011, 128). Die Frage lautet daher, ob eine rein numerische Erhöhung des Frauenanteils in politischen Gremien in ländlichen Regionen auch gleichzeitig eine qualitative Veränderung von Politikhalten sowie der politischen Kultur im Sinne der Interessen, Bedürfnisse und Perspektiven von Frauen nach sich ziehen würde. Darüber hinaus muss Repräsentation immer auch vom Faktum der Differenz, der Unterschiedlichkeit und Ungleichheit zwischen Frauen ausgehen. Eine geschlechterparitätische Besetzung von politischen Positionen und Gremien muss also nicht zwingend zu einer besseren Interessenvertretung von Frauen und benachteiligten Gruppen führen (Hoecker und Scheele 2008, 15).

## Politische Repräsentanz von Frauen in Österreich

Seit dem Jahr 1975 steigt der Frauenanteil im Österreichischen Nationalrat kontinuierlich an und im Jahr 2005 hat er erstmals die kritische Masse<sup>1</sup> von 33% erreicht. Im weltweiten IPU-Ranking<sup>2</sup> des Anteils an weiblichen Parlamentarierinnen liegt Österreich auf Platz 31, weit abgeschlagen hinter den skandinavischen Ländern, den Benelux-Staaten und Deutschland. Als 1918 das allgemeine Wahlrecht in Österreich eingeführt wurde, befanden sich unter den Abgeordneten 5,7% Frauen. Rund sechs Jahrzehnte später, nämlich 1975, wurde dieser Anteil erstmals überboten. Erst 1986 wurde ein über 10% liegender Frauenanteil im österreichischen Nationalrat realisiert. Die gesellschaftliche Öffnung Österreichs in den 1970er Jahren (Einfluss von zivilgesellschaftlichen Bewegungen), die Etablierung neuer Parteien in den 1980er und 1990er Jahren (Grüne, Liberale) sowie Quotenbestimmungen in einigen Parteien (SPÖ, Grüne) haben zu einem deutlichen Anstieg der weiblichen Mandatarinnen geführt. Der höchste Wert wurde bislang im Jahr 2005 erreicht - mit 60 Nationalratsabgeordneten (33%) (Oedl-Wieser 2006, 68). Seitdem ist ihr Anteil wieder gefallen und hat sich derzeit bei 28% eingependelt.

Abb. 2: Politische Partizipation nach Geschlecht in Österreich 2012



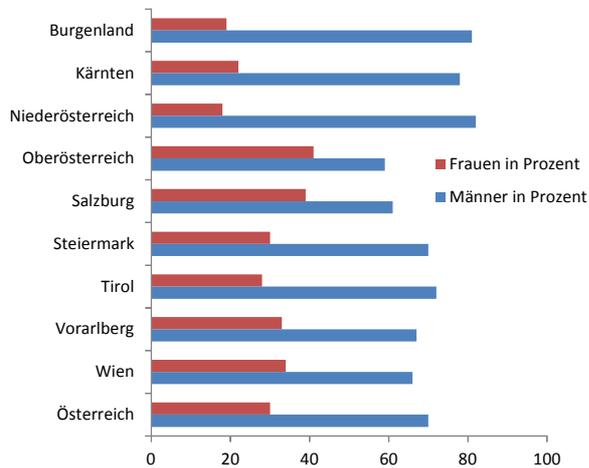
Quellen: <http://www.parlament.gv.at>, Zugriff am 24.05.2012; Internetseiten der Bundesländer, Zugriff am 24.04.2012; schriftliche Auskunft Gemeindebund 11.01.2012

Obwohl Frauen einen Anteil von 51% an der österreichischen Bevölkerung halten, sind sie in der institutionellen Politik noch immer deutlich unterrepräsentiert. Die Nachhaltigkeit des Frauenausschlusses in politischen Institutionen über Jahrzehnte hinweg ist im räumlichen Mehrebenenystem in Österreich sehr deutlich sichtbar. Wie in Abb. 2 deutlich erkennbar ist, nimmt der Anteil der Frauen vor allem auf der untersten räumlichen Ebene in der institutionellen Politik ab. Auf nationaler Ebene und auf der Ebene der Bundesländer ist die „kritische Masse“ an politischen Mandatarinnen annähernd erreicht. Im Nationalrat bewegt sich der Frauenanteil seit 2000

1. Das Konzept der „kritischen Masse“ war ein erster Versuch, den Konnex von deskriptiver und substantieller Repräsentation zu erklären. Ab einer bestimmten kritischen Masse, nämlich von 30% in politischen Entscheidungsgremien, verändere sich nicht nur der politische Stil, sondern auch die Politikergebnisse würden frauenfreundlicher werden (Sauer 2011, 129).
2. Ranking der Inter-Parliamentary Union auf Basis der Information der nationalen Parlamente, <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>, (Zugriff am 04.06.2012).

zwischen 28% und 33%. Den höchsten Frauenanteil unter den Abgeordneten haben dabei die Grünen (50%) und die SPÖ (35%), die ÖVP liegt mit 25% im Mittelfeld, während das BZÖ (19%) und die FPÖ (16%) unter einem Fünftel liegen.

Abb. 3: Landtagsabgeordnete in den österreichischen Bundesländern nach Geschlecht 2012



Quelle: Internetseiten der Bundesländer, Zugriff 24.04.2012

In den Landtagen ist der Anteil der weiblichen Abgeordneten seit 10 Jahren im Ansteigen und erreicht teilweise schon die 40%-Marke (Oberösterreich, Salzburg). In Wien, Vorarlberg und der Steiermark wurde die kritische Masse mit 34%, 33% und 30% bereits erreicht, während Tirol etwas darunter liegt. Niederösterreich (18%), Burgenland (19%) und Kärnten (22%) hingegen haben weniger als ein Fünftel weibliche Abgeordnete in ihren Landtagen (s. Abb. 3)

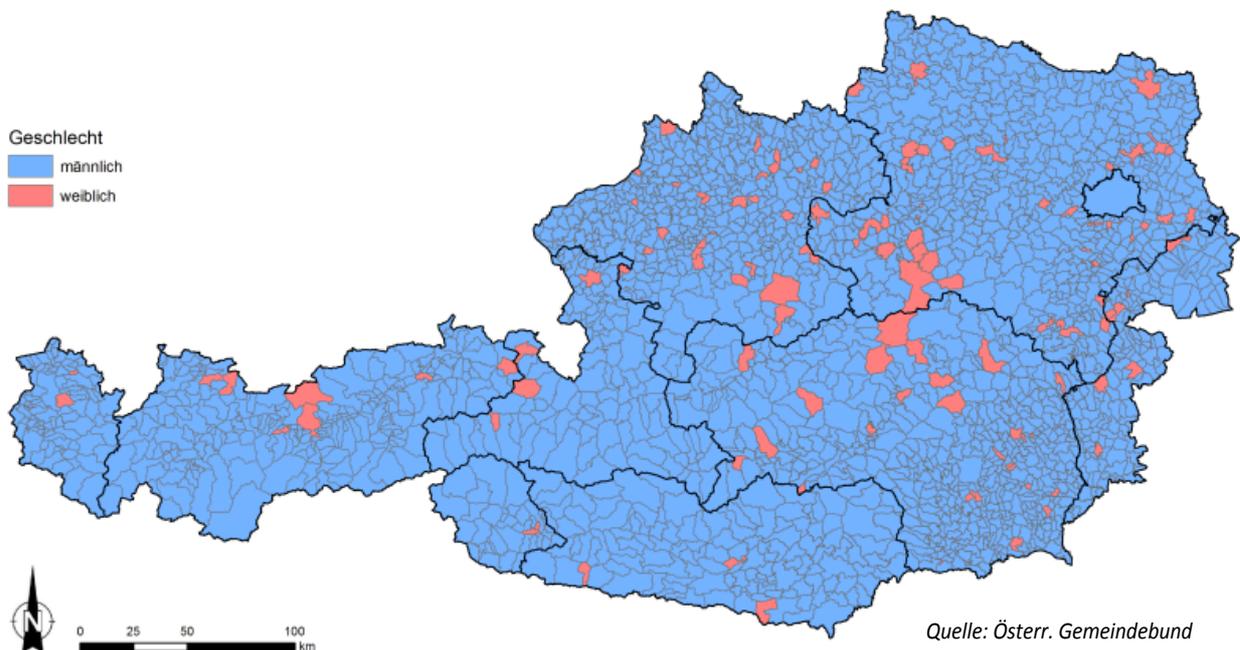
Bei Betrachtung der lokalen Ebene allerdings wird offenbar, dass der Frauenanteil bei den Bürgermeisterämtern mit 5% (134 in den 2.357 Gemeinden) verschwindend gering ist (s. Abb. 4). Die meisten Bürgermeisterinnen gibt es in Niederösterreich und in der Steiermark, in den westlichen und südlichen Bundesländern ist ihre Anzahl noch sehr niedrig. Aus diesen Ergebnissen kann geschlossen werden, dass die politische Kultur insbesondere auf lokaler Ebene sehr stark männlich dominiert ist.

### Beteiligung von Frauen in intermediären Strukturen und ländlichen Initiativen

In Folge des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 hat die Förderung ländlicher Gebiete eine monetäre und politische Aufwertung erfahren (Resch und Dax 2009). Seit den 1990er Jahren gewinnen die Regionen zunehmende Bedeutung als Gestaltungs- und Entscheidungsebene in Österreich. Im Zuge von „regional governance“ - bezeichnet als „schwach institutionalisierte, eher netzwerkartige Kooperationsformen regionaler Akteure für Aufgaben der Regionalentwicklung“ (Heintel 2006, 347) - wurden zahlreiche neue intermediäre Strukturen aufgebaut. Die Einrichtung von Regionalmanagementstellen und die Bildung von Initiativen im zivilgesellschaftlichen Bereich (Klimabündnis, Lokale Agenda 21) unterstützen und stärken in vielen ländlichen Regionen die Zusammenarbeit lokaler und regionalen AkteurInnen. Mittlerweile gibt es in Österreich nahezu flächendeckend lokale Aktionsgruppen der EU-Leader-Initiative, die im Programm Ländliche Entwicklung 2007-2013 integriert ist. In diesen intermediären Strukturen werden weitreichende Entscheidungen für die Lebensqualität und Aufenthaltsqualität der BewohnerInnen in ländlichen Regionen getroffen.

Die Analyse der Entscheidungsgremien in den Lokalen Aktionsgruppen (LAG) der Leader-Initiative zeigt, dass sich die mangelnde politische Präsenz von Frauen in den Gemeinden

Abb. 4: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich 2012



Quelle: Österr. Gemeindebund

auch in diesen regionalen Entscheidungsstrukturen fortsetzt. In der aktuellen Förderperiode (2007-2013) wurden die LAG-Vorstände mehrheitlich mit Bürgermeister\*innen aus den Gemeinden besetzt. Dies hat zur Folge, dass die Männerdominanz in den Vorstandsgremien auch in der dritten Förderperiode nicht durchbrochen wurde. Darüber hinaus entsenden auch die Institutionen der Sozialpartner in der Region sehr häufig männliche Vertreter in die Gremien (Dax et al. 2011).

In der Förderperiode 2007-2013 wurde vom programmverantwortlichen Ministerium BMLFUW bei der Besetzung der Projektauswahlgremien der LAGs erstmals die Erreichung einer kritischen Masse von Frauen festgelegt. Wenngleich diese im Österreichschnitt erreicht wurde, so ist doch eine große Schwankungsbreite bei den LAGs festzustellen (7% bis 55%). Erfüllt wurde die Quote vor allem in den neuen LAGs der Förderperiode 2007-2013. In einigen Leader-Regionen wurden in der Phase der Erarbeitung der lokalen Entwicklungsstrategie die Vertreterinnen von Frauengruppen und -initiativen sowie VertreterInnen von sozialen Gruppen aktiv zur Mitarbeit eingeladen, was sich in der Ausformulierung von Aktionsfeldern, Maßnahmen und Projektvorschlägen im Hinblick auf Chancengleichheit positiv niedergeschlagen hat (Oedl-Wieser 2008). Wenngleich sich auf Ebene der politischen Entscheidungsträger kaum eine Veränderung bei der Geschlechterdisparität ergibt, so zeigt sich auf der Management-Ebene, dass Frauen in stärkerem Maße Positionen als Geschäftsführerinnen innehaben. So gibt es in der aktuellen Förderperiode in Österreich 39% Leader-Managerinnen<sup>3</sup>. Es muss jedoch festgestellt werden, dass sich die männerdominierten Entscheidungsstrukturen nach mehreren EU-Förderperioden stetig reproduzieren.

Auch im Rahmen der Freiwilligenarbeit lassen sich in Österreich unterschiedliche Engagementprofile von Frauen und Männern feststellen. Als entscheidende Faktoren für zivilgesellschaftliches Engagement sind dabei die individuelle Ressourcenausstattung (Bildungsniveau, Beschäftigungssituation, beruflichen Stellung) sowie die Zeitverfügbarkeit anzusehen (Meyer und Rameder 2011, 14; Diendorfer und Mayrhofer 2007). Unter den etwa 1,9 Mio Freiwilligen finden sich 57% Männer und 43% Frauen. In der Katastrophenhilfe (82%), also bei den Rettungsdiensten und Feuerwehren, in der politischen Freiwilligenarbeit (72%) und im Bereich des Sports (72%) überwiegen klar die Männer. In den Bereichen Religion (69%), Bildung (65%) und Soziales (53%) stellen Frauen den größeren Anteil der Engagierten dar (Meyer und Rameder 2011, 14; More-Hollerweger und Heimgartner 2009). Ein ähnliches Bild zeigt sich in den zahlreichen LA21-Prozessen in Österreich, bei denen Frauen zu einem geringeren Teil als Männer involviert sind und eher im Bereich Soziales mitwirken. Leider liegen bislang keine regionalisierten geschlechter-disaggregierten Daten im Bereich der Freiwilligenarbeit in Österreich vor.

## Diskussion

Die Unterrepräsentanz von Frauen in der lokalen und regionalen politischen Öffentlichkeit ist demokratie- und gleichstellungspolitisch sehr bedenklich. Durch das Brachliegen von Potenzialen von Frauen im ländlichen Raum entstehen gesellschaftliche Kosten, die legislative, ökonomische und soziale Aspekte aufweisen (Aufhauser et al. 2003, 164). Um die politische Partizipation von Frauen auf lokaler und regionaler Ebene zu erhöhen, bedarf es Veränderungen auf vielen Ebenen und bei vielen AkteurInnen. Dies betrifft sowohl die institutionellen und informellen Politikformen als auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Gerade in Hinblick auf die akuter werdende Nachwuchsproblematik für politische Ämter auf lokaler und regionaler Ebene muss nach Lösungen gesucht werden, damit das politische Engagement für Bürger und vor allem für die Bürgerinnen attraktiver wird. Viele Frauen vereinbaren heutzutage Beruf und Familie und verfügen aufgrund der überwiegend von ihnen geleisteten Versorgungsarbeit nur über ein sehr begrenztes Zeitbudget. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür liegt in der geschlechtergerechteren Verteilung der Versorgungsarbeit innerhalb der Familie, d.h. dass die Partner in Zukunft mehr Verantwortung für Kinder und Haushalt übernehmen müssen. Erst durch den Abbau dieser strukturellen, gesellschaftlichen Barrieren ist es für Frauen möglich, sich politisch stärker zu engagieren.

Ein weiterer wesentlicher Ansatzpunkt ist die Veränderung der politischen Kultur auf lokaler und regionaler Ebene. Ein Großteil der politisch engagierten Frauen ist aufgrund ihres begrenzten Zeitbudgets auf eine effiziente Arbeitsweise und Lösungsfindung in der politischen Gremienarbeit angewiesen. Erfahrungen zeigen, dass Frauen mit dem Arbeitsstil in von Männern dominierten politischen Gremien oftmals sehr unzufrieden sind. Sie wünschen sich kooperative und sachorientierte Arbeitsweisen mit erhöhter Effizienz in der Sitzungskultur (Oedl-Wieser 2010). In Hinblick auf das bestehende Nachwuchsproblem bei Gemeindepolitikerinnen ist es wichtig, moderne und vereinbarkeitsfreundliche Strukturen zu entwickeln, die den vielfältigen Lebenssituationen und Zeitbudgets unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gerecht werden (Kletzing 2009).

Für eine stärkere Mitwirkung von Frauen in der lokalen politischen Arbeit bedarf es erfahrungsgemäß oft eines Anstoßes von außen, d.h., dass Frauen bewusst zur Mitarbeit in der lokalen Politik eingeladen werden. Auch ist es erforderlich, dass in den Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine gezielte Förderung von Frauen und Jugendlichen erfolgt, also von jenen Gruppen, die bislang noch nicht so stark ins politische Geschehen involviert sind. Darüber hinaus ist es unumgänglich, die Nominierungspraktiken in den Parteien nachhaltig zu verändern und die Diskussion über Quoten für Frauen in lokalen und regionalen Entscheidungsgremien ernsthaft zu führen (Holtkamp und Schnittke 2010, 29).

Schlussendlich bedarf es gezielter Unterstützungs- und Vernetzungsangebote, um die Chancen der Frauen auf politische Mit-

3. Laut LAG-Liste des BMLFUW im Jänner 2012.

### Box 1: Frauen und Politik am Land - eine empirische Befragung

Die Aussagen der befragten Frauen, die aktiv in der Agrarpolitik und in der ländlichen Entwicklungspolitik tätig sind, können unter dem Motto „Die Politik würde insgesamt lebensnaher werden!“ zusammengefasst werden. Dieses Zitat spricht viele Aspekte an wie, dass die Politik menschlicher werden würde, soziale Fragen mehr Gewicht bekommen würden und die Verteilungsgerechtigkeit viel weiter oben auf der politischen Agenda stehen würde. Hinsichtlich des *politischen Arbeitsstils von Frauen* äußern sich viele Befragte, dass dieser im Vergleich zu den Männern effizienter, logischer, flexibler, konsensbereiter und toleranter sei. Frauen würden mit einer ganzheitlicheren und zukunftsorientierteren Sichtweise an politische Fragen und Probleme herangehen und die verfügbaren Finanzmittel in einer anderen Zielrichtung einsetzen. Eine steigende politische Betätigung von Frauen würde nach Meinung von einigen Befragten die Lebensqualität für die Menschen in den Regionen verbessern.

Auf die Frage nach ihrer Einschätzung der *Bedeutung des Ehrenamtes von Frauen in ländlichen Regionen* antworteten viele, dass dies unverzichtbar sei und dass vieles nicht möglich wäre, wenn es die ehrenamtliche Tätigkeit von Frauen nicht gäbe. Es ermöglicht ein lebendiges Dorfleben und vermittelt eine Lebendigkeit, die die Lebensqualität entscheidend verbessert und das soziale Netz aufrechterhält. Als *Gründe für die geringe Beteiligung der Frauen in der institutionalisierten Politik* bewerten die Befragten vor allem das „familiäre Engagement von Frauen“, den „Zeitmangel“ sowie die „Männerr Dominanz in der Politik“ als am ausschlaggebendsten.

In Hinblick auf eine *Erhöhung der politischen Beteiligung von Frauen* schätzen die Befragten die „bewusste Förderung von Frauen in politischen Parteien und Interessensorganisationen“ und die politische Bildung für die Jugend für sehr wichtig ein. Frauenquoten und Quereinsteigerinnen wurden nur zu einem geringeren Ausmaß als wichtig für die Erhöhung des Frauenanteils angesehen. Des Weiteren wurden die gerechtere Verteilung der Versorgungsarbeit und, damit zusammenhängend, Verbesserungen in der Kinder- und Altenbetreuung in der Bewertung als sehr wichtig eingestuft.

Für sich selber sehen es die befragten Frauen als bereichernd an, in der politischen Arbeit vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten und Zugang zu Wissen und Informationen zu haben. Mitentscheiden zu können, sowie die Chance, Veränderungen initiieren zu können, wird als persönliche Bereicherung erlebt. Aber auch die Arbeit und die Begegnung mit Menschen sowie die Erfüllung, die Wertschätzung und die Anerkennung durch die politische Arbeit und die Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit sind als wesentliche Aspekte ihrer politischen Tätigkeit genannt worden.

Oedl-Wieser, Theresia (2006): Frauen und Politik am Land. Forschungsbericht Nr. 56 der BABF. Wien. <http://www.berggebiete.at/cms/content/view/402/127/>

### Box 2: Frauen.Macht.Kommune

Ziel der Kampagne Frauen.Macht.Kommune war es, Frauen für kommunalpolitisches Engagement in Deutschland zu begeistern. In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden lokale Kampagnenkomitees gegründet, die die Kampagne umsetzten. Begleitend zu diesen Initiativen wurden mehrere Studien und Publikationen erstellt. So wurden knapp 1.100 ehren- und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen aus über 500 repräsentativ ausgewählten Kommunen mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen befragt. Begleitend dazu wurden qualitative Interviews mit Kommunalpolitikerinnen geführt.

#### *Ein- und Aufstiegswege von Frauen in der Kommunalpolitik*

Junge Frauen sind in der Kommunalpolitik selten zu finden. Der größte Teil der befragten Politikerinnen (89%) ist älter als 40 Jahre. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Frauen häufig erst dann in die Kommunalpolitik eintreten, wenn die Kinder „aus dem Größten raus“ sind. Denn 71% von ihnen sind Mütter, bei den Hauptamtlichen sind es sogar 78%. Die Unterstützung des Partners wird als wichtiger Erfolgsfaktor gesehen. 2/3 der ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderätinnen sind erwerbstätig, ein Drittel von ihnen in Vollzeit.

#### *Engagement und Ansprache*

Die meisten Kommunalpolitikerinnen blicken auf eine frühe politische Sozialisation zurück. Der Wunsch, sich einzubringen und das Lebensumfeld aktiv mitzugestalten, wurde häufig schon im Elternhaus oder in der Schule geweckt. 86% waren bereits vor der Übernahme des Mandats ehrenamtlich engagiert. Fast zwei Drittel der Frauen wurden im politischen oder persönlichen Umfeld auf eine mögliche Kandidatur angesprochen und ermutigt, diesen Schritt zu gehen. In der Ansprache von außen liegt ein hohes Potenzial, das zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien deutlich mehr nutzen sollten.

#### *Spill-over-Effekte*

Viele von ihnen heben hervor, dass sich die fachlichen und persönlichen Kompetenzen, die sie in ihren unterschiedlichen Lebensbereichen erwerben, positiv miteinander verschränken und sogenannte Spill-over-Effekte erzeugt werden: berufliche und familiäre Kompetenzen stärken für die Anforderungen im kommunalpolitischen Umfeld und umgekehrt. Zugleich stellt das Engagement in Beruf, Familie und Politik die Frauen vor enorme Herausforderungen. Für die ehrenamtlichen Politikerinnen ist darüber hinaus die Unterstützung ihres Arbeitgebers immens wichtig. Denn nicht selten sind Einsätze während der Arbeitszeit erforderlich oder es werden dem beruflichen Engagement zumindest enge zeitliche Grenzen gesetzt.

#### *Publizierte Studien:*

[http://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Studien/Engagiert\\_vor\\_Ort\\_-\\_Einstiegswege\\_und\\_Erfahrungen\\_von\\_Kommunalpolitikerinnen\\_Kurzfassung.pdf](http://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Studien/Engagiert_vor_Ort_-_Einstiegswege_und_Erfahrungen_von_Kommunalpolitikerinnen_Kurzfassung.pdf)

Ketzting, Uta, Lukoschat, Helga (2010): Engagiert vor Ort. Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. Studie im Auftrag des bmfsfj. Berlin. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Engagiert-vor-Ort-Langfassung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Lukoschat, Helga et al. (2009): Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen. Kommunalpolitikerinnen im Porträt". Studie im Auftrag des bmfsfj. Berlin. [http://www.helene-weber-preis.de/fileadmin/user\\_upload/downloads/Broschuere\\_Kommunalpolitikerinnen\\_im\\_Portraet.pdf](http://www.helene-weber-preis.de/fileadmin/user_upload/downloads/Broschuere_Kommunalpolitikerinnen_im_Portraet.pdf)

gestaltung zu erhöhen. Ein sehr gutes und in österreichischen Bundesländern langjährig erprobtes Konzept zur Erhöhung der politischen Partizipation auch in ländlichen Regionen sind etwa die so genannten Politiklehrgänge für Frauen, die jenseits von Parteipolitik Bildungsmodule für politikinteressierte Frauen anbieten (s. Box 3). In Anbetracht der unzureichenden Datenlage über politisch aktive Frauen auf lokaler und regionaler Ebene in Österreich ist es erforderlich, dass Daten über GemeinderätInnen zugänglich gemacht werden und von den Landesstatistikämtern aufbereitet und evident gehalten werden. Aber auch im Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen wäre es erforderlich, die Mitwirkung der Frauen sichtbar zu machen und auch hier Daten aufzubereiten. Weiterer Forschungsbedarf besteht im Hinblick auf den Policy-Outcome der politischen Tätigkeit von Frauen in ländlichen Regionen, in dem Sinne, inwieweit ihr politisches Engagement auch ein Handeln für Frauen (acting for) darstellt, indem Interessen und Bedürfnisse der Frauen in der Gemeinde und in der Region vertreten werden. Grundsätzlich ist es jedoch wichtig, dass Frauen die Möglichkeit der politischen Gestaltung für sich als Chance sehen, auch für ihre persönliche Entwicklung, und dass dadurch die politische Arbeit auf lokaler und regionaler Ebene attraktiver und zeitgemäßer gestaltet wird.

### **Box 3: Tirol - Politiklehrgang für Frauen. Nüsse knacken - Früchte ernten**

Das Frauenreferat des Landes Tirol hat in den letzten Jahren mehrere Politik- Lehrgänge für Frauen organisiert. Teilnehmende waren Frauen aus allen Landesteilen Tirols, aber auch aus Südtirol und Bayern. Das wichtigste Ziel der Politiklehrgänge für Frauen war und ist es, mehr Frauen in Entscheidungsgremien zu bringen und die bereits aktiven Frauen zu unterstützen. Frauen sollen ermuntert werden, Verantwortung in öffentlichen Funktionen zu übernehmen und vor allem auch Spaß daran zu haben. Dazu braucht es auch Knowhow, Handwerkszeug, Vernetzung, Austausch.

Über ein Leader-Projekt wurde im Zeitraum 2008-2009 der Politiklehrgang sozusagen regionalisiert angeboten und zwar in Landeck, im Außerfern, im Tiroler Unterland sowie in Osttirol. Wichtige Inhalte waren Rhetorik, Konfliktmanagement, Politik, Regionalentwicklung, Gemeinderecht und Public Relation. Als Zielgruppen wurden angesprochen: (Vize-)Bürgermeisterinnen, Gemeinderätinnen, Frauen die in Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Kammern, Initiativgruppen aktiv sind oder sich engagieren möchten.

<http://www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/frauen/frauenwaehlen/politiklehrgaenge-seminare/>

[http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/frauen/downloads/Ermunterungen\\_Frauen\\_in\\_Entscheidungspositionen.PDF](http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/frauen/downloads/Ermunterungen_Frauen_in_Entscheidungspositionen.PDF)

<http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/frauen/downloads/Doku-Nuesse-knacken-06.pdf>

### **Impressum:**

Bundesanstalt für Bergbauernfragen  
Marxergasse 2/Mezzanin, 1030 Wien  
Tel.: +43 1 50488 69-0  
office@berggebiete.at

### **Literatur**

- Aufhauser, Elisabeth, Herzog, Siegrun, Hinterleitner, Vera, Oedl-Wieser, Theresia, Reisinger, Eva (2003): Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Hauptband. Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4. Wien.
- Dax, Thomas, Oedl-Wieser, Theresia, Strahl, Wibke (2011): Halbzeitbewertung der Leader-Maßnahmen - Österreichisches Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007-2013. Facts & Feature Nr. 47, Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Diendorfer, Gertraud, Mayrhofer, Petra (2007): BürgerInnenengagement und das Engagement von Frauen. In: Der Bürger im Staat, Nr. 4/2007, 266-273.
- Fuchs, Gesine (2010): Politik: Verfasste politische Partizipation von Frauen. In: Becker, Ruth, Kortendiek, Beate (Hrsg.). Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorien, Methoden, Empirie. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 547-554.
- Fuchs, Gesine, Höcker, Beate (2004): Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten. <http://library.fes.de/pdf-files/id/01931.pdf> (Zugriff am 29.05.2007)
- Geißel, Brigitte (2004): Konflikte um Definitionen und Konzepte in der gender-orientierten und Mainstream-Partizipationsforschung - Ein Literaturüberblick. Discussion Paper Nr. SP IV 2004 - 403. Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin. <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2004/iv04-403.pdf> (Zugriff am 5.11.2005)
- Haller, Birgit (2001): Unkonventionelle politische Akteurinnen? Zum politischen Partizipationsverhalten von Frauen. In: Markovits, A. S., Rosenberger, S. K. (Hg.). Demokratie. Modus und Telos. Beiträge für Anton Pelinka. Wien. 159-172.
- Heintel, Martin (2006): Regional Governance: Modetrend oder brauchbare Theorie? In: Wirtschaft und Gesellschaft 32. Jg. Heft 3. Wien. 345-367.
- Hoecker, Beate, Scheele, Alexandra (2008): Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation. Einleitung. In: Femina Politica. 02/2008, 9-20.
- Holtkamp, Lars, Schnittke, Sonja (2010): Die Hälfte der Macht im Visier. Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen. Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.
- Kletzing, Uta (2009): Engagiert vor Ort: Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 50/2009, Bonn, S. 22-28.
- Meyer, Michael, Rameder, Paul (2011): Freiwilligenarbeit im Kontext: Individuelle, sozioökonomische und politische Einflussfaktoren. In: KWG (Hrsg.): Freiwilligenarbeit. Symposium 2011. Wien: manz. 1-23.
- More-Hollerweger, Eva, Heimgartner, Arno (2009): Freiwilliges Engagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht Zusammenfassung. Studie im Auftrag des bmask. Wien.
- Oedl-Wieser, Theresia (2006): Frauen und Politik am Land. Forschungsbericht Nr. 56 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Oedl-Wieser, Theresia (2008): Einziehen - einmischen - mitmischen. Leader "neu" - Impulse für mehr Geschlechterdemokratie. In: zoll+. Nr. 12, 16-18.
- Oedl-Wieser, Theresia (2010): Politische Mitbestimmung von Frauen in ländlichen Regionen - Empirische Befunde aus Österreich. In: SGA (Hrsg.): Yearbook of Socioeconomics in Agriculture 2011. Schweiz. 285-309.
- Resch, Andreas, Dax, Thomas (2009): Der EAGFL im Rahmen von Österreichs Regionalpolitik 1995-2007. ÖROK Schriftenreihe, Wien, 162-196.
- Sauer, Birgit (2011): Only paradoxes to offer? Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der "Postdemokratie". In: ÖZP, 40. Jg., H.2, 125-138.